

Colin Crouch

Postdemokratie



Colin Crouch

(*1944) ist Professor für Governance and Public Management an der University of Warwick Business School. Demnächst erscheint bei Suhrkamp auf deutsch: *Postdemokratie*.

colin.crouch@wbs.ac.uk

Demokratie und Marktwirtschaft sind die zwei Werte, denen sich die führenden Politiker der westlichen wie auch – zu weiten Teilen – der östlichen Länder verschrieben haben. Sie behaupten nicht nur, dass sie diese Ordnungsmodelle in ihren eigenen Ländern aufrechterhalten, sondern erheben zudem den Anspruch, Kritik zu üben, manchmal sogar militärisch zu intervenieren, wenn andere Teile der Welt diesen Werten nicht entsprechen. Dieselben Politiker versuchen, Demokratie auf den engen, gut zu kontrollierenden Raum des politischen Systems zu begrenzen. Dies bedeutet aber gleichzeitig in der marktwirtschaftlichen Praxis häufig die Dominanz riesiger Unternehmen, welche wiederum eine Gefahr für die Demokratie darstellt.

Drei Probleme der Demokratie

In einer Welt, in der einerseits Kapitalströme global fließen, andererseits die beiden Hauptakteure der Demokratie – Regierungen und Bürger – aber nur national handeln, haben multinationale Konzerne die Chance, der Souveränität des Nationalstaats zu entkommen. »Wenn ihr nicht die Politik umsetzt, die wir für richtig halten«, so eine verbreitete Drohung der Unternehmen, »verlagern wir unsere Aktivitäten in Länder, die uns frei schalten und walten lassen«. Das sind dann typischerweise Länder ohne Demokratie, ohne staatliche Leistungen, angemessene Arbeitsbedingungen oder eine saubere

Umwelt. Allerdings sind die Drohungen der Firmen, einfach abzuwandern, oftmals wenig glaubwürdig. Zum einen ist die Verlagerung kompletter Unternehmen teuer. Zum anderen bringen Länder ohne demokratisches System oft auch Nachteile für die Unternehmen selbst mit sich. Beispielsweise sind einige wirtschaftliche Aktivitäten nur dort möglich, wo eine gute Infrastruktur vorhanden ist, was wiederum meist nur in demokratischen Gesellschaften mit einer hohen Besteuerung der Fall ist. Regierungen könnten viel öfter diesen Bluff der Firmen entlarven, als sie es tatsächlich tun. Nichtsdestotrotz führt das Wechselspiel zwischen mobilem Kapital und immobiler Demokratie häufig zu einer Schwächung der Letzteren.

Aber diese Macht des Kapitals ist nur eines von drei Kernproblemen, mit denen die Demokratie gegenwärtig konfrontiert ist. Ein zweites betrifft die Unfähigkeit sozio-ökonomisch schwacher Gruppen der post-industriellen Gesellschaft, für sich selber eine politische Agenda zu definieren. Nach zahlreichen, oft blutigen Auseinandersetzungen konnte die Klasse der Bergleute und Industrie-

arbeiter zunächst das Wahlrecht und später auch andere ihrer wichtigsten Interessen in das Zentrum der politischen Agenda rücken. Diese Klasse ist mittlerweile ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung. Stattdessen hat sich inzwischen eine Klasse entwickelt, die durch Dienstleistungen, oft in prekären Arbeitsverhältnissen, ihr Geld verdient. Diese Klasse hat mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen. Doch sie muss ihre eigenen Organisationen, die diesen Ausdruck verleihen könnten, erst noch aufbauen. Vielleicht deswegen, weil sie das Wahlrecht nicht erkämpfen musste und deshalb ihre Interessen nicht politisch thematisiert.

Dem gegenüber haben Manager und Shareholder, die den Unternehmenssektor beherrschen, ein klares Bild von sich selbst und den eigenen Interessen. Magazine wie *The Economist* liefern ihnen eine Ideologie und geben ihnen das Selbstbewusstsein, ihr Eigeninteresse als Gemeinwohl zu präsentieren. Und aus Angst vor Abwanderung hören Regierungen auf diese Ideologen. Diese beiden Prozesse – der wachsende Einfluss, das Selbstvertrauen und die Selbstidentifikation unternehmerischer Interessen bei gleichzeitigem Mangel an Identität der schwächeren Gruppen – führen zu einer neuen asymmetrischen Klassenstruktur und einer unausgewogenen Demokratie. Der gegenwärtige Enthusiasmus der westlichen Eliten für *die* Demokratie bezieht sich auf *diese Art* der Demokratie.

Das dritte Problem der Demokratie folgt aus den anderen beiden. Da die politische Klasse immer stärker mit den Interessen der Unternehmer verbunden ist und da zugleich der Zugang zu den Interessen der schwächeren Klassen erschwert wird, entsteht eine eigene Welt, die von der allgemeinen Bevölkerung abgeschnitten ist. Politiker aber müssten ihre Bürger kennen, denn sie brauchen deren Stimmen. Da sie diese Kenntnisse vor allem durch Umfragen und andere Techniken der Marktforschung erlangen, verhalten sich Politiker zu Wählern inzwischen wie Firmen zu Kunden. Damit verlieren die Parteien ihre Vermittlungsfunktion, sie können den Forderungen bestimmter Bevölkerungsteile in der politischen Welt keinen Ausdruck mehr verleihen. Vielmehr werden die Parteien zu Organisationen, die im Dienste der politischen Klasse von Zeit zu Zeit Wähler mobilisieren. Diese politische Klasse hat sich von der Öffentlichkeit entfernt, ist sehr stark mit Investoren und Managern der global tätigen Unternehmen verbunden und wird Teil der Politik- und Wirtschaftseliten.

»Der gegenwärtige Enthusiasmus der westlichen Eliten bezieht sich auf eine neue unausgewogene Demokratie.«

Wenn dieser Prozess vollkommen entfaltet ist, werden wir in einer politischen Verfassung leben, in der Parteipolitik nur noch die vordemokratische Aufgabe erfüllt, den Mitgliedern der eigenen Gruppe zu Verwaltungs- oder politischen Ämtern zu verhelfen. Dies war selbstverständlich immer eine Schlüsselfunktion innerhalb des politischen Prozesses. Aber in einer starken Demokratie können Politiker ihre Karriereziele nur erreichen, wenn sie bestimmte Interessen und Bewegungen repräsentieren, denn Meinungsmanipulation mittels Marktanalyse reicht nicht.

Das bedeutet jedoch nicht, dass solch eine Gesellschaft einfach undemokratisch wird. Denn die Institutionen der Demokratie – Wahlen, Debatten, Interessenorganisation – bleiben ja erhalten. Eine solche Gesellschaft lässt sich eher als *postdemokratisch* charakterisieren, genauso wie man sagen kann, dass wir in einer post-industriellen Gesellschaft leben. Die Errungenschaften der Industriali-

sierung sind allgegenwärtig und wir nutzen sie noch. Aber sie haben für unsere Zukunft keinerlei Bedeutung mehr. Genauso werden auch in Zukunft demokratische Institutionen das politische Geschehen prägen, aber der Sinn, den wir der Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zugeschrieben haben, wird nicht mehr die treibende Kraft der Politik sein. Wir sind auf dem Weg in eine postdemokratische Gesellschaft, denn die drei beschriebenen Prozesse entwickeln sich permanent weiter.

Eine lebendige Demokratie

Noch leben wir nicht in postdemokratischen Gesellschaften. Unsere demokratischen Institutionen sind noch mit Leben erfüllt. Es gibt sehr wohl eine Vielzahl an Themen, die unsere Gesellschaft hervorbringt, auf die die politischen Eliten reagieren müssen, auch wenn sie nicht vorbereitet sind.

Dieser Trend tritt besonders in den Bereichen Feminismus, Umweltschutz, Rassismus und Ethnozentrismus zum Vorschein.

Seit den 70er Jahren haben feministische Bewegungen eine Vielzahl neuer Themen auf die politische Agenda gesetzt, denen in den meisten Demokratien auch Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das war ein eindruckliches Beispiel für eine lebendige Demokratie, in der große Teile der Bevölkerung die politische Klasse herausfordern. Linken Parteien fiel es leichter, auf die Forderungen der

»Die politischen Eliten der großen Parteien haben es geschafft, Themen zu bestimmen und zu besetzen.«

Frauen einzugehen, daher hatte die Mobilisierung anfangs einen parteilichen Charakter. Damit fand auch ein dauerhafter Wandel der politischen Orientierung statt. Wählten Frauen früher eher rechts als Männer, wählen sie heute eher links. Im Allgemeinen waren es aber nicht die Parteien selbst, die den Druck aufbauten, sondern

Frauenorganisationen entstanden innerhalb der Zivilgesellschaft und die Parteien mussten darauf reagieren. So kam es schließlich, dass die großen Parteien sich heute kaum in ihrer Haltung zu Frauenthemen unterscheiden. Politische Eliten haben es mittlerweile geschafft, dass sie diese Themen bestimmen – meistens, indem sie eine Politik mit dem Ziel betreiben, die Erwerbstätigkeit der Frauen zu erhöhen.

Im Vergleich zum Feminismus hat die Artikulation von Umweltfragen in vielen Ländern zu Parteibildungen geführt, grüne oder andere ökologische Parteien spielen eine wichtige Rolle auf nationaler oder regionaler Ebene. Dieses Beispiel zeigt, wie Akteure versuchen, ihren Forderungen im Rahmen des Parteiensystems Ausdruck zu verleihen und selber in die politische Arena drängen. Aber die grünen Parteien sind meist klein geblieben. Denn auch hier haben es die Strategen der bestehenden großen Parteien geschafft, dieses Thema zu besetzen und Umweltthemen im Parteienwettbewerb an Einfluss zu verschaffen.

Rassismus und Ethnozentrismus, die weitestgehend darauf abzielen, Immigration einzudämmen, sind zwar dem entgegengesetzten politischen Lager zuzuordnen als Umweltschutz und Feminismus, aber die Erfahrungen, die jene Bewegungen mit dem Parteiensystem gemacht haben, ähneln doch sehr denen der Umweltbewegung. Auch dort haben sich Parteien gebildet, die dieses Anliegen artikulieren. Und wieder einmal haben die großen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien es schließlich geschafft, Teile des Themenfeldes zu übernehmen.

Das Zeitalter der Postdemokratie

Man kann die Entwicklung dieser verschiedenen Bewegungen als Indiz für eine lebendige Demokratie verstehen: Neue Kräfte tauchen innerhalb der Gesellschaft auf, können ihr Anliegen mittels sozialer Bewegungen, manchmal sogar durch kleinere Parteien, zum Ausdruck bringen. Die großen Parteien greifen relativ schnell Teile der Programmatik auf und zeigen damit, dass sie in der Lage sind, auf neu auftauchende Problemlagen einzugehen. Das ist sicherlich Demokratie in Höchstform, keine Postdemokratie.

Das Problem sind eben die drei zuvor beschriebenen Trends: (1) Die kaum ausgeprägte Fähigkeit schwächerer sozio-ökonomischer Gruppen im Dienstleistungssektor, ihre Interessen autonom zu bestimmen und zum Ausdruck zu bringen; (2) die zunehmende Orientierung nahezu aller Parteien an den Interessen der globalen Wirtschaftselite; (3) die Transformation von Parteien, die – anstatt die Anliegen der Öffentlichkeit in der politischen Arena zu vertreten – sich in Apparate zum Stimmenfang verwandeln, die nur der politischen Klasse selbst dienen.

Ein genauer Blick auf dieses Politikmodell enthüllt, dass sich die Parteien, linke wie rechte gleichermaßen, dort außerhalb der Gesellschaft befinden und gesellschaftliche Interessen eher manipulieren, statt sie zu repräsentieren. Die Parteien mögen über die Politikverdrossenheit der Bürger klagen, tragen aber in diesem Politikmodell selbst dazu bei.

Dieses Modell, in dem Parteien hauptsächlich die öffentliche Meinung manipulieren und außer dem Wunsch, öffentliche Ämter durch eigenes Personal zu besetzen, wenig andere Interessen repräsentieren, prägt das Zeitalter der Postdemokratie. Doch es gibt Anzeichen dafür, dass auch in Zukunft neue Interessen aufkommen werden. Nach wie vor sind ausreichend Quellen politischer Energie vorhanden, so z.B. in sozialen Bewegungen. Es gibt aber keinen Anlass mehr zu erwarten, dass sich die Parteien zum Anwalt dieser Interessen machen. Sie werden nur soweit wie nötig auf sie reagieren.

Dies kommt einem Rückfall in ein vordemokratisches Politikmodell gleich, in dem soziale Gruppen die Aufmerksamkeit einer selbstreferenziellen politischen Elite suchen, die ihrerseits vom Rest der Gesellschaft abgetrennt ist. In der Rückschau werden die Versuche der Bewegungen des 20. Jahrhunderts, diese Eliten selber hervorzubringen, als ein vorübergehender historischer Moment betrachtet werden.

Da Parteien mit der Struktur des demokratischen Systems eng verbunden sind, werden führende Politiker sozialen Bewegungen, die die öffentliche Meinung jenseits der Parteien mobilisieren, vorwerfen, sie seien undemokratisch. Für diese Politiker ist Demokratie nur das, was sie selber tun, um regelmäßig genug Stimmen zu erhalten.

Doch auch soziale Bewegungen und Interessengruppen erfüllen demokratische Standards oftmals nicht. Da es nämlich kostspielig ist, Organisationen zu unterhalten, können Wirtschaftsakteure stärkere Verbände und Lobbys aufbieten als nichtwirtschaftliche Akteure. Da diese zudem in derselben sozialen Welt wie die Politiker leben, haben sie in der Verbandspolitik genauso einen Vorteil wie in der politischen Landschaft, die durch die Parteien dominiert ist.

(Aus dem Englischen von Tobias Quednau)